

Fremdenverkehrsgemeinde beispielsweise für Werbezwecke, zur Abrechnung der Kurmittelbeiträge oder zum Vollzug des gesetzlichen Meldewesens ohnehin auf Kenntnisse über Angebot und Frequenz der Privatquartiere angewiesen ist. Andererseits müßten, falls die Absicht des Bundes vom Gesetzgeber gebilligt würde, gegebenenfalls länderinterne Rechtsgrundlagen zur Deckung des Informationsbedarfes geschaffen werden, was erneut die Übersicht über die rechtlichen Zusammenhänge erschweren würde.

Fremdenverkehrsstruktur der Gemeinden

Sicherlich drückt sich die Attraktivität von Fremdenverkehrsgemeinden auch in den Besucher- und Übernachtungszahlen aus, wie sie in statistischen Berichten halbjährlich veröffentlicht werden. Es bleibt in Konsumentkreisen aber immer noch die Frage nach einem auf die fremdenverkehrsrelevante Infrastruktur einer Gemeinde bezogenen Gesamtbild, das als Entscheidungshilfe für unterschiedliche Zwecke zur Verfügung steht. So zum Beispiel für Fragen der Förderung im Rahmen der

Landes- und Kommunalpolitik oder zur Information öffentlicher sowie privater mit Fragen des Fremdenverkehrs befaßter Stellen. Die sich daraus ergebenden regionalen Vergleichsmöglichkeiten haben darüber hinaus auch eine gewisse Werbewirkung über das Land hinaus.

Mit dem Einsatz der Struktur- und Regionaldatenbank des Statistischen Landesamtes werden gegenwärtig derartige Übersichten vorbereitet, die im Laufe des kommenden Jahres verfügbar sein werden. Die für jede Fremdenverkehrsgemeinde über hundert darstellbaren Strukturdaten sind in folgende Hauptgruppen gegliedert:

- Allgemeine Charakteristik
- Verkehrslage
- Unterbringung
- Verpflegung
- Kurmittel- und Gesundheitswesen
- Unterhaltung
- Spiel und Sport
- Wintersport
- Natur und Wandern
- Ferienkurse
- Sehenswürdigkeiten
- Sonstiges

Damit läßt sich eine weitere Lücke der problemorientierten Regionalstatistik schließen.

Gerhard Schmidt

Das Verarbeitende Gewerbe in den Stadt- und Landkreisen

Entwicklung seit 1/73

Die Neuordnung der Statistiken im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau) hatte zur Folge, daß Ergebnisvergleiche mit Zeitpunkten vor der Umstellung des Berichtssystems nicht mehr möglich waren¹. Dem Bedarf nach durchgehenden Reihen für längerfristige Betrachtungen wurde zunächst dadurch Rechnung getragen, daß über eine spezielle Schätzmethode ausgewählte Tatbestände des „Monatsberichts für Betriebe“ zurückgehend bis zum Jahre 1970 approximativ ermittelt wurden². Mit dieser Rückschätzung liegen somit für das Land monatsweise und in der Gliederung nach hauptbeteiligten Wirtschaftszweigen durchgehende Ergebnisreihen vor³. Sie stellen gewissermaßen eine Projektion des neuen Berichtssystems in die Vergangenheit dar, die die für Konjunktur und Wachstumsanalysen störenden, konzeptionell und methodisch bedingten Bruchstellen vermeidet.

In einem zweiten Schritt können nun auch die „Regionalbedürfnisse“ „Lange Reihen“ vorgelegt werden, die sich allerdings nur

über eine kreisweise Differenzierung, ausgehend von der Rückschätzung für das Land, ableiten ließen. Die Anwendung eines eigenen, regional tiefgegliederten Rückschätzungsverfahrens wäre unseres Erachtens aus methodischen Gründen nicht zulässig bzw. nur unter der Voraussetzung denkbar gewesen, daß die Schätzmethode bei der Erhebungseinheit, also dem Betrieb selbst angesetzt hätte. Dieses Vorgehen wurde jedoch bereits für Landes Zwecke aus methodischen Gründen als nicht realisierbar abgelehnt. Deshalb konnte für regionale Belange nur von globalen Kreiseckdaten ausgegangen werden, die ab 1977 unter Verwendung der entsprechenden jährlichen Veränderungsraten von vergleichbaren Berichtskreisen bis zum Jahr 1973 zurückgeschrieben wurden, ab dem auch die neue Verwaltungsbezirksgliederung in Kraft getreten ist. Die zwangsläufig dabei gegenüber der Landesrückschätzung auftretenden Differenzen, die im übrigen verhältnismäßig gering waren, wurden anteilig auf alle Kreise verteilt.

Die folgende Betrachtung beschränkt sich auf einen Struktur- und mittelfristigen Entwicklungsvergleich zwischen den Jahren 1973 und 1978. Eine differenzierte Analyse, die insbesondere auch die Krisenzeit 1974 und 1975 einschließt, ist bereits früher durchgeführt worden⁴. Die Entwicklung seit Inkrafttreten des

¹ Zu den Einzelheiten und Auswirkungen des Reformwerks vergleiche H.-H. Steiger, Das Verarbeitende Gewerbe – eine Bestandsaufnahme nach der Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe – in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/78.

² Zur Methode bzw. Ergebnisauswertung siehe J. W. Müller-Angstenberger/H.-H. Steiger, Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe seit 1970, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/79.

³ Im einzelnen veröffentlicht in dem kürzlich erschienenen Tabellenwerk „Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1977/78“ der Reihe „Statistik von Baden-Württemberg“, Band 264.

⁴ H.-H. Steiger, Regionale und strukturelle Aspekte der Beschäftigtenentwicklung in der Industrie, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/76.

neuen Berichtssystems wurde ebenfalls ausführlich abgehandelt⁵.

Der Betrachtungszeitraum beginnt 1973 während der auslaufenden Aufschwungsphase, die den sich bereits abzeichnenden Strukturwandel kaum mehr überdecken konnte. Mit ausgelöst durch die Ölversorgungskrise mündete sie abrupt in die schwerste Nachkriegsrezession in den Jahren 1974 und 1975 ein. Die anschließende Produktionsbelebung im Jahr 1976, die sich in der Folge bereits wieder verlangsamte, wurde überschattet von einer anhaltenden Beschäftigungsabnahme, die erst 1978 zum Stillstand kam. Zwischen den beiden Eckjahren dieses Zeitraums sank die Zahl der tätigen Personen um 176 000 Beschäftigte (-10,8%), und die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit reduzierte sich um fast 5%. Das verhältnismäßig bescheidene Produktionswachstum (+2,2%) resultierte damit in erster Linie aus den kräftigen Produktivitätssteigerungen. Diese Entwicklung hat sich in den Verwaltungsbezirken unterschiedlich niedergeschlagen, wobei das Ausmaß der Auswirkungen einmal von der regionalen Branchenstruktur und zum anderen auch von örtlichen Sondereinflüssen abhing.

Unterschiedlicher Beschäftigungsabbau

Die Zahl der Beschäftigten hat bis auf zwei Ausnahmefälle in allen Kreisen abgenommen. Die relativ höchsten Beschäftigtenverluste mit 15% und mehr traten in den Landkreisen Göppingen, Karlsruhe, Rhein-Neckar, Tübingen, Emmendingen und Konstanz auf, wo mehr oder minder nachteilige Branchenstrukturen vorhanden sind, die zum Teil noch mit Standortschwächen (Göppingen, Rhein-Neckar, Tübingen) gepaart

⁵ H. Sinn, Das Verarbeitende Gewerbe in den Kreisen 1977, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/78, sowie H. Sinn, Regionale Strukturen des Verarbeitenden Gewerbes 1978, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/79.

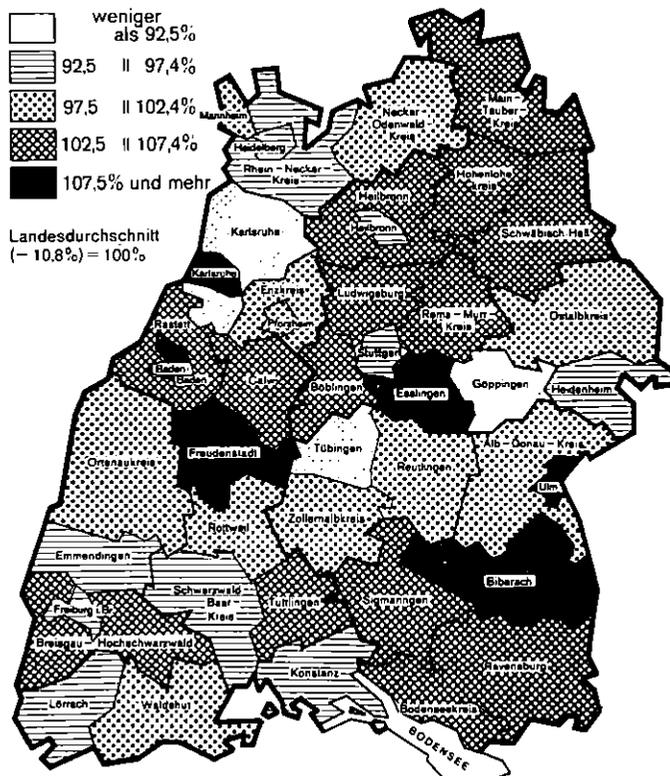
sind⁶. In den erstgenannten drei größeren Kreisen belief sich der Personalabbau sogar auf mehr als 10 000 Beschäftigte. In diese Größenordnung fällt auch die Stadt Mannheim, während die Landeshauptstadt aufgrund der durch Standortschwächen überkompensierten Strukturvorteile sogar fast 23 000 Erwerbstätige verlor. Über zwei Drittel der gesamten Arbeitsplatzeinsparungen (176 000) entfielen auf die Regierungsbezirke Stuttgart und Karlsruhe. In den industriellen Ballungsregionen Mittlerer und Unterer Neckar waren allein 75 000 weniger Beschäftigte tätig. Demgegenüber nahm die Beschäftigtenzahl im Stadtkreis Karlsruhe und in den Landkreisen Biberach, Freudenstadt, Esslingen, Sigmaringen, Heilbronn um höchstens 5% ab. Nur in den Stadtkreisen Ulm und Baden-Baden stieg das Arbeitsplatzangebot aufgrund örtlicher Sondereentwicklungen.

Die unterschiedliche Beschäftigtenentwicklung schlug sich in einigen Gebieten auch in einer Verschiebung der regionalen Beschäftigtenanteile nieder. In nennenswertem Umfang von mindestens drei Zehntelpunkten haben sich die Regionalanteile der Landeshauptstadt (8,9%) und der Landkreise Karlsruhe (3,0%) und Göppingen (3,0%) gegenüber 1973 verschlechtert, während sich im Landkreis Esslingen (5,9%) und in den Städten Karlsruhe (2,8%) und Ulm (2,4%) ähnlich hohe Strukturgewinne ergaben. Die Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg haben vor allem zugunsten des Regierungsbezirks Tübingen Regionalanteile abgegeben, wozu besonders die Region Donau-Iller beigetragen hat. Diese verhältnismäßig geringen Anteilsveränderungen, die sich zudem nur auf etwas mehr als ein Viertel aller Kreise beschränken, haben das Bild der regionalen Beschäftigtenstruktur nicht wesentlich verändert. So zählen auch 1978 neben der Stadt Mannheim (5,0%) und den Landkreisen

⁶ Vgl. Steiger, Regionale und strukturelle Aspekte . . . a. a. O.

Schaubild 1

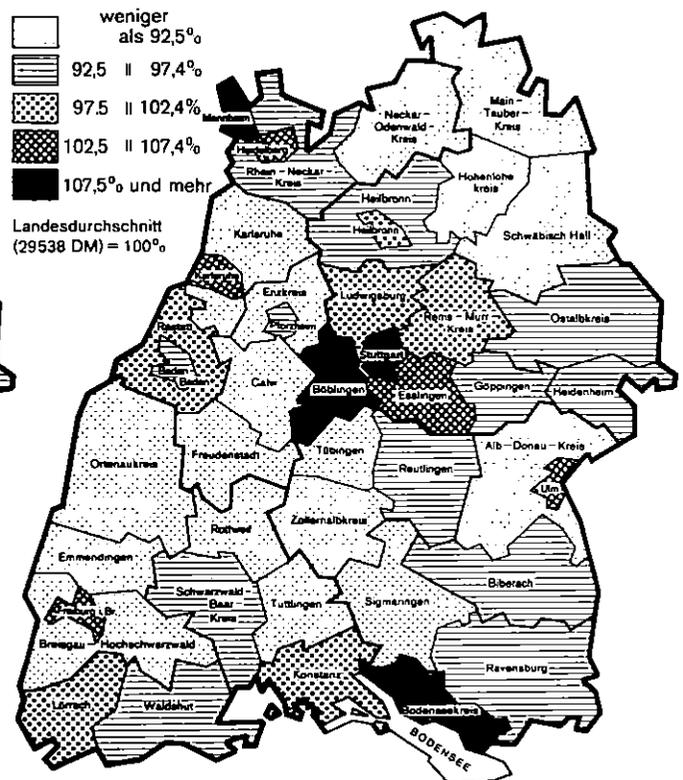
Beschäftigtenentwicklung 1973 bis 1978 im Verarbeitenden Gewerbe



374 79

Schaubild 2

Löhne und Gehälter je Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe 1978



375 79

Entwicklung wichtiger Tatbestände im Verarbeitenden Gewerbe in den Kreisen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Beschäftigte		Arbeiter Anteil an Beschäftigten 1978	Arbeiter- Stunden Veränderungen 1978/1973	Löhne und Gehälter	
	1973	1978	%		1973	1978
Stadtkreis						
Stuttgart, Landeshauptstadt	151 329	128 642	56,4	-25,0	3 531 055	4 622 021
Landkreise						
Böblingen	74 785	68 336	72,5	- 8,0	1 648 590	2 368 074
Esslingen	89 551	85 967	68,5	-11,6	1 826 367	2 645 336
Göppingen	53 030	42 791	71,7	-20,6	954 839	1 213 092
Ludwigsburg	68 356	63 246	68,5	-17,4	1 372 013	1 904 769
Rems-Murr-Kreis	56 564	53 671	69,1	-11,7	1 085 881	1 572 935
Region Mittlerer Neckar	493 615	442 653	66,0	-16,6	10 418 745	14 326 227
Stadtkreis						
Heilbronn	24 902	21 521	67,3	-15,8	4 77 321	6 32 171
Landkreise						
Heilbronn	32 952	31 304	78,7	-14,4	6 29 748	9 00 403
Hohenlohekreis	14 785	13 514	75,6	-16,5	2 45 154	3 42 721
Schwäbisch Hall	17 197	15 889	77,2	-14,0	2 79 737	3 91 843
Main-Tauber-Kreis	15 018	13 997	76,9	-11,3	2 45 977	3 49 607
Region Franken	104 854	96 225	75,2	-14,5	1 877 937	2 616 745
Landkreise						
Heidenheim	31 264	26 687	70,6	-22,4	5 82 873	7 53 258
Ostalbkreis	54 224	47 337	73,2	-14,2	9 77 466	1 332 836
Region Ostwürttemberg	85 488	74 024	72,3	-17,1	1 560 339	2 086 094
Regierungsbezirk Stuttgart	683 957	612 902	68,2	-16,3	13 857 021	19 029 066
Stadtkreise						
Baden-Baden	3 615	3 683	59,2	- 5,2	66 811	102 337
Karlsruhe	41 078	40 302	61,7	- 9,2	838 405	1 236 092
Landkreise						
Karlsruhe	58 378	43 625	75,2	-29,8	1 037 974	1 181 942
Rastatt	33 852	31 392	77,0	-23,2	664 349	949 771
Region Mittlerer Oberrhein	136 923	119 002	70,6	-22,1	2 607 539	3 470 142
Stadtkreise						
Heidelberg	17 282	14 867	58,6	-23,0	3 47 906	4 66 494
Mannheim	83 045	73 082	62,1	-18,2	1 908 255	2 561 027
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	16 698	15 001	76,0	-15,4	2 68 605	3 61 120
Rhein-Neckar-Kreis	63 938	53 925	73,3	-20,2	1 163 373	1 514 883
Region Unterer Neckar	180 963	156 875	67,0	-19,1	3 688 139	4 903 524
Stadtkreis						
Pforzheim	29 694	26 348	62,2	-13,7	5 31 308	7 42 865
Landkreise						
Calw	13 620	12 752	76,0	-10,8	2 26 327	3 21 996
Enzkreis	25 015	22 680	75,5	-18,1	4 60 450	6 07 155
Freudenstadt	12 274	11 814	75,2	- 7,5	2 15 885	3 12 737
Region Nordschwarzwald	80 603	73 594	70,8	-13,7	1 433 970	1 984 753
Regierungsbezirk Karlsruhe	398 489	349 471	69,0	-19,1	7 729 648	10 358 419
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	19 181	15 992	58,1	-23,6	3 71 797	4 97 414
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	12 934	12 128	72,9	-15,7	2 13 064	3 09 858
Emmendingen	17 039	14 491	75,2	-21,9	2 68 071	3 52 965
Ortenaukreis	54 585	48 069	78,5	-17,8	9 43 842	1 267 819
Region Südlicher Oberrhein	103 739	90 680	73,6	-19,0	1 796 774	2 428 056
Landkreise						
Rottweil	25 716	22 668	77,4	-17,4	4 44 006	5 92 260
Schwarzwald-Baar-Kreis	47 549	41 338	70,3	-22,6	8 30 670	1 143 217
Tuttlingen	22 407	20 714	77,0	- 8,7	3 75 414	5 32 783
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	95 672	84 720	73,8	-17,9	1 650 090	2 268 260
Landkreise						
Konstanz	36 278	30 292	69,5	-17,7	6 86 965	8 90 403
Lörrach	30 976	26 717	71,4	-18,0	5 84 208	7 70 769
Waldshut	20 913	18 633	72,3	-17,5	3 68 919	5 18 348
Region Hochrhein-Bodensee	88 167	75 642	70,8	-17,8	1 640 092	2 179 520
Regierungsbezirk Freiburg	287 578	251 042	72,9	-18,3	5 086 956	6 875 836
Landkreise						
Reutlingen	46 898	41 630	73,6	-16,4	8 71 266	1 147 761
Tübingen	21 950	17 380	73,8	-26,0	3 62 006	4 34 265
Zollernalbkreis	43 739	38 899	76,5	-15,2	7 16 281	9 37 231
Region Neckar-Alb	112 587	97 909	74,8	-17,8	1 969 553	2 519 257
Stadtkreis						
Ulm	32 719	34 435	64,1	2,0	6 56 349	1 076 406
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	16 861	15 296	80,7	-11,8	2 78 446	3 84 092
Biberach	20 636	20 122	69,9	-11,0	3 96 633	5 76 323
Region Donau-Iller¹⁾	70 216	69 853	69,4	- 5,9	1 331 428	2 036 821
Landkreise						
Bodenseekreis	26 196	24 750	64,5	-14,6	5 25 032	8 10 838
Ravensburg	29 215	26 767	71,9	-13,7	5 26 026	7 54 800
Sigmaringen	16 103	15 433	78,7	- 7,7	2 71 851	3 89 919
Region Bodensee-Oberschwaben	71 514	66 950	70,7	-12,6	1 322 909	1 955 557
Regierungsbezirk Tübingen	254 317	234 712	72,0	-13,1	4 623 890	6 511 635
Baden-Württemberg	1 624 375	1 448 118	69,8	-16,9	31 297 503	42 774 960

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Rhein-Neckar (3,7%), Ostalb (3,3%) und Ortenau (3,3%) alle sechs Kreise der Region Mittlerer Neckar (30,6%) zu den zehn größten Kreisen.

Bei den Arbeitern, deren Zahl noch stärker (-12,8%) als die aller Beschäftigten abgenommen hat, waren bis auf den Stadtkreis Ulm (+7%) alle Kreise von dem Personalabbau betroffen. Auch das regionale Strukturgefüge hat sich kaum über dem bereits bei den Beschäftigten geschilderten Umfang hinaus verschoben. Die häufig unterschiedlich starke Entwicklungsgeschwindigkeit bei den Arbeitern einerseits und den Angestellten und tätigen Inhabern und Mitinhabern andererseits hat allerdings dazu geführt, daß der Arbeiteranteil an der Beschäftigtenzahl, der im Landesdurchschnitt um 1½ Prozentpunkte auf unter 70% gefallen ist, sich in einzelnen Fällen weit überdurchschnittlich verändert hat. Die höchsten Arbeiteranteile ergaben sich in den mehr ländlich geprägten Landkreisen Alb-Donau (80,7%), Sigmaringen (78,7%), Heilbronn (78,7%), Ortenau (78,5%), während in den Stadtkreisen allen voran die Landeshauptstadt (56,4%) die Arbeiter wegen der Konzentration der Verwaltungssitze dort weniger stark vertreten sind.

Wachstumsdifferenzen

Die statistische Erfassung der regionalen Leistungen des Verarbeitenden Gewerbes ist wegen der damit verbundenen Erhebungsprobleme vergleichsweise wenig ausgebaut. Zwar liegen aus der laufenden Berichterstattung Umsatzangaben vor, doch sind diese nur sehr begrenzt brauchbar, weil im Fall der Mehrbetriebsunternehmen oft der Ort der Umsatzmeldung, die häufig nur vom fakturierenden Hauptbetrieb bzw. der Verwaltungszentrale aus erfolgt, und die eigentliche Produktionsstätte (Zweigbetrieb) in verschiedenen Kreisen gelegen sind. Aus diesen Gründen ist auch die Produktionsstatistik nicht ohne weiteres für regionale Belange heranzuziehen. Wegen des Auseinanderfallens der tatsächlichen Produktionsleistung eines Gebietes und der dort fakturierten und/oder marktwirksam gewordenen Umsätze sind regionale Produktionsvergleiche auf Umsatzbasis zumindest fragwürdig. Diese Einschränkung verschärft sich allgemein mit abnehmender Größe der regionalen Darstellungseinheit, sie gilt aber für einige Wirtschaftszweige bereits auch schon für den Ländervergleich. Für regionale Betrachtungen reduziert sich somit das Merkmalsprogramm auf solche Tatbestände, die tatsächlich „vor Ort“ in der Regel zu ermitteln sind. Dazu zählen neben den Beschäftigtenzahlen auch die Bruttolohn- und -gehaltssummen und die geleisteten Arbeiterstunden.

Die von den Arbeitern tatsächlich geleistete Arbeitszeit eignet sich wegen ihres engen Zusammenhangs mit dem mengenmäßigen Produktionsausstoß als Ersatzindikator zur Abschätzung der regionalen Produktionsentwicklung. Das Verbindungsglied stellt die je Arbeiterstunde gemessene Durchschnittsproduktivität für das gesamte Verarbeitende Gewerbe des Landes dar, die, multipliziert mit den regionalen Arbeiterstunden, das rechnerische Produktionsvolumen ergibt. Selbstverständlich sind die über diese tautologische Beziehung und nur global ermittelbaren Ergebnisse mit hohen Schätzfehlern behaftet, weshalb nur qualitative Angaben über Richtung und ungefähre Intensität der Produktionsentwicklung möglich sind. Unter den Gebieten, die erheblich über dem Landesdurchschnitt (+2,2%) liegende Produktionszunahmen zu verzeichnen hatten, haben aufgrund des höheren Regionalanteils besonders die Stadtkreise Ulm und Karlsruhe sowie der Landkreis Böblingen zum Gesamtwachstum beigetragen. Von den größeren Kreisen mit überdurchschnittlich starker Produktionsentwicklung sind noch die Landkreise Esslingen, Rems-Murr und Ostalb hervorzuheben. Weiterhin ist bemerkenswert, daß die Region Donau-Iller aufgrund der hohen Wachstumsgewinne fast in gleichem Umfang wie die Region Mittlerer Neckar zum Produktionswachstum des Landes beigetragen hat, obwohl der regionale Produktionsanteil um mindestens ein Fünftel niedriger liegt. Auf der anderen Seite haben Wachstumsverluste in

der Landeshauptstadt und im Landkreis Karlsruhe und in etwas schwächerem Ausmaß auch in den Landkreisen Rhein-Neckar, Göppingen, Schwarzwald-Baar und Rastatt eine günstigere Produktionsentwicklung des Landes verhindert.

Regionales Wirtschaftskraftgefälle

Bei regionalen Betrachtungen sind die räumlichen Wirtschaftskraftdisparitäten von besonderem Interesse. Die für solche Vergleiche am ehesten geeignete Meßgröße, der Beitrag zur Bruttowertschöpfung, steht nur für das gesamte Produzierende Gewerbe zur Verfügung. Aber auch diese im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder regional disaggregierten Ergebnisse beruhen in der Regel weitgehend nicht auf den originär ermittelten Nettowertgrößen, sondern werden unter Verwendung von Ersatzindikatoren, die mutmaßlich eine hohe Korrelation mit den regionalen Wertschöpfungsbeiträgen aufweisen, geschätzt. Für den Teilbereich des Verarbeitenden Gewerbes ist unseres Erachtens die Lohn- und Gehaltssumme als Schätzgröße den Betriebsumsätzen vorzuziehen, denn der zweifellos erhebliche Mangel, daß der Leistungsanteil des Produktionsfaktors Kapital unberücksichtigt bleibt, wiegt weniger schwer als der bereits erwähnte Nachteil häufiger regionaler Zuordnungsfehler. Im übrigen erklären die Löhne und Gehälter die Bruttowertschöpfung durchschnittlich zu etwa zwei Dritteln, während letztere nicht einmal zwei Fünftel der Umsätze repräsentiert, also in diesem Fall völlig überbestimmt wäre.

Die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten hat im Landesdurchschnitt (29 538 DM) seit 1973 um über 10 000 DM (+53,3%) zugenommen. In der Landeshauptstadt bewegen sich die Verdienste je Beschäftigten um ein Fünftel über diesem Wert, der auch im Stadtkreis Mannheim und den Landkreisen Böblingen und Bodensee um mehr als 10%, sowie in den Stadtkreisen Heidelberg, Freiburg und Ulm um immerhin noch mehr als 5% übertroffen wird. Am Ende dieser Wirtschaftskraftskala rangieren die Landkreise Neckar-Odenwald, Zollernalb, Emmendingen, Schwäbisch Hall, Main-Tauber und Tübingen, bei denen die Löhne und Gehälter je Beschäftigten zwischen 15% und 20% hinter dem Landesdurchschnitt zurückbleiben. In weiteren neun Landkreisen beträgt der Abstand noch mehr als 10%. Die Spannweite zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Durchschnittsverdienst beträgt annähernd 12 000 DM. Die durchschnittliche Streuung von 2 900 DM ist deutlich schneller gewachsen (+65,6%) als der Mittelwert selbst, was darauf hindeutet, daß das regionale Verdienstgefälle zugenommen hat. Von den zwölf Regionen haben sich nur die industriellen Verdichtungsräume Mittlerer und Unterer Neckar positiv vom Landesdurchschnitt abgehoben, die Regionen Mittlerer Oberrhein, Donau-Iller, Bodensee-Oberschwaben bewegen sich nur knapp darunter. Dagegen entfällt in den Regionen südlicher Oberrhein, Schwarzwald-Baar-Heuberg und Neckar-Alb auf jeden Beschäftigten eine um etwa 10% niedrigere Lohn- und Gehaltssumme.

Bei der Gegenüberstellung der vorangehend geschilderten regionalen Wirtschaftskraftverteilung des Verarbeitenden Gewerbes und der weiter oben dargestellten Beschäftigungs- und Produktionsentwicklung fällt auf, daß einerseits die Entwicklungsdifferenzen breiter über das ganze Land streuen und zum anderen in mehreren Fällen kein oder nur ein schwacher Zusammenhang zwischen der Höhe der Wirtschaftskraft und Richtung sowie Intensität der regionalen Entwicklung besteht. In solchen Gebieten (z. B. Sigmaringen, Tuttlingen, Schwäbisch Hall bzw. Stuttgart) ist meistens das Wirtschaftskraftpotential so niedrig bzw. hoch, daß auch hohe Wachstumsgewinne bzw. Verluste den Abstand gegenüber den anderen Bezirken nicht nennenswert verändern.

Ausblick

Die Beschäftigtenentwicklung in den ersten drei Quartalen (+1%) läßt für 1979 eine Zunahme erwarten, wie sie in dieser

Größenordnung seit 1973 nicht mehr erreicht wurde. Zu der Vermehrung von 15 000 Arbeitsplätzen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum haben absolut die Landkreise Böblingen, Karlsruhe, Rottweil, Esslingen, Breisgau-Hochschwarzwald und die Landeshauptstadt am meisten beigetragen. Relativ starke Zunahmen verzeichneten auch noch die Landkreise Neckar-Odenwald, Biberach, Heilbronn, Schwäbisch Hall und Bodensee. In immerhin 13 Gebieten, darunter die Stadtkreise Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, Freiburg, nahm die Beschäftigung ab.

Die Produktion ist im bisherigen Jahresverlauf (+ 6,6%) erheblich schneller als 1978 gewachsen. Ihre Zunahme dürfte sich, sofern nicht noch politisch ausgelöste Störungen auftreten, 1979 in einer Größenordnung zwischen 6 und 8% bewegen. An diesem günstigen Ergebnis sind die Landkreise Böblingen, Ludwigsburg, Heilbronn, Karlsruhe sowie die Stadtkreise Stuttgart und Mannheim am meisten beteiligt, während vor allem von den Landkreisen Rhein-Neckar und Schwarzwald-Baar kaum Wachstumsimpulse ausgegangen sein dürften.

Diplomvolkswirt Hans-Hermann Steiger

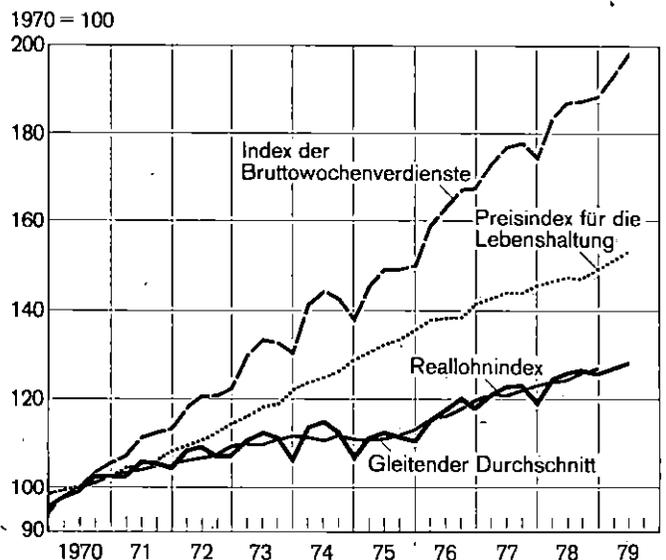
Verdienstentwicklung von Mitte 1978 bis Mitte 1979

Leider lassen sich die industriestatistischen Lohndaten vom Juli 1979 zur Darstellung auch der tendenziellen Lohnentwicklung nicht verwenden, da die Terminierung der Schulferien im Juli 1978 und August 1979 zwangsläufig auch den Schwerpunkt des Urlaubs entsprechend verlagert hat. Die überwiegend im Juli 1979 erfolgte Auszahlung des Urlaubsgeldes und des zusätzlichen Urlaubsgeldes führte zu einem Sprung bei den Lohn- und Gehaltssummen. Immerhin läßt sich diesen Daten entnehmen, daß im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Handwerk) zwischen Juli 1978 und Juli 1979 die Zahl der Arbeiter um 1,7% und die Zahl der Angestellten um 1,6% zugenommen hat. Insgesamt betrug in diesem Bereich zum letztgenannten Zeitpunkt die Zahl der Beschäftigten 1 470 670, und für den gleichen Zeitpunkt wurde in Baden-Württemberg eine Arbeitslosenquote von 1,9% nachgewiesen.

Realer Lohnzuwachs weiterhin abnehmend

Die aus den Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel unter Zugrundelegung gleichbleibender Beschäftigtenstrukturen gewonnenen Lohnindizes weisen für die Zeit vom Juli 1978 bis Juli 1979 eine Erhöhung der Bruttostundenverdienste um 4,8% aus, nachdem dieser

Entwicklung der Reallöhne seit Januar 1970



360 79

Tabelle 1
Jährliche Veränderungsrate der wichtigsten Lohn- und Gehaltsindizes (1970 = 100)

Jahresmitte (Juli)	Jahresveränderung des Index der durchschnittlichen Brutto-			
	Stunden-	Wochen-	Real-	Monats-
	Verdienste			
	der Industriearbeiter (einschließlich Baugewerbe)		der kaufm. und techn. Angestellten*	
	%			
1966.....	+ 7,2	+ 6,1	+4,5	+ 7,9
1967.....	+ 3,0	- 1,1	-2,8	+ 3,6
1968.....	+ 5,3	+ 7,9	+7,6	+ 5,1
1969.....	+ 8,4	+10,4	+7,7	+ 7,6
1970.....	+14,5	+13,4	+9,9	+11,6
1971.....	+12,9	+11,5	+6,0	+11,3
1972.....	+ 8,7	+ 8,4	+3,1	+ 9,2
1973.....	+11,3	+10,4	+3,4	+10,5
1974.....	+11,3	+ 8,3	+2,0	+10,7
1975.....	+ 7,2	+ 3,7	-2,1	+ 7,2
1976.....	+ 6,4	+ 9,3	+4,9	+ 6,5
1977.....	+ 8,0	+ 8,4	+4,2	+ 7,0
1978.....	+ 5,1	+ 5,2	+2,7	+ 5,6
1979.....	+ 4,8	+ 5,9	+1,8	+ 6,2

* in Industrie und Handel.

Wert in den vorangegangenen 12 Monaten noch 5,1% betragen hatte. Demgegenüber steigerte sich der Zuwachs bei den Bruttowochenverdiensten von 5,2% im Vorjahr auf 5,9% im Berichtsjahr. Die unterschiedliche Entwicklung von Stunden- und Wochenlöhnen geht zurück auf die Verlängerung der bezahlten Wochenarbeitszeiten zwischen Juli 1978 und Juli 1979, die vor allem die männlichen Arbeiter im Hoch- und Tiefbau (+ 3,1 Std.), der Nahrungs- und Genußmittelindustrien (+ 0,8 Std.), der Investitionsgüterindustrien (+ 0,7 Std.) sowie der Verbrauchsgüterindustrien (+ 0,6 Std.) zu verzeichnen hatten und die auf eine entsprechende Verbesserung der Konjunkturlage in den genannten Bereichen hinweist.

Der für den Inhalt der Lohntüte des Arbeiters entscheidende Wochenverdienst wird allerdings in seiner Kaufkraft durch die Preisentwicklung geschmälert. Der sogenannte Reallohnindex als der mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten (+ 4%) deflationierte Index der Bruttowochenverdienste erfuhr im Berichtsjahr eine Steigerung um 1,8%. Dieser Satz gibt an, in welcher Weise sich die reale Kaufkraft der Bruttoverdienste (ohne Steuer- und Sozialabzüge) der Arbeiter verändert hat. Die entsprechenden Werte betragen + 2,7% für Juli 1978 und + 4,2% für Juli 1977.